

Anmerkungen und Fragestellungen von Rh. Marewski (CDU) vom 17.01.2011 zum Haushaltsplanentwurf 2011

1. Personalaufwendungen

Hier sind an verschiedenen Stellen hohe Zunahmen der Werte festzustellen, die m. E. mit allg. Lohnsteigerungen nicht zu erklären wären,

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich :

Bis zum Redaktionsschluss der Entwurfsaufstellung 2011 lagen die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2009 noch nicht vor. Bei den in der Spalte „Ergebnis 2009“ ausgewiesenen Beträgen handelt es sich insofern um vorläufige Zahlen, die auf jeden Fall noch Korrekturen erfahren werden (siehe auch Beratungsunterlagen Band 1, Seite 18)

S. 124, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

Ergebnis 2009: 166.721 Euro 2010: 472.844 Euro 2011: 534.060 Euro

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 (ca. 543.000 €) entspricht im Wesentlichen der Haushaltsplanung 2011, es handelt sich somit um eine Anpassung des Ansatzes 2011 an die tatsächlichen Gegebenheiten.

S. 164, Personenstands-, Pass und Ausweiswesen

Ergebnis 2009: 1.080.257 Euro 2010: 1.393.180 Euro 2011: 1.530.470 Euro

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 (ca. 1.522.000 €) entspricht im Wesentlichen der Haushaltsplanung 2011, es handelt sich somit um eine Anpassung des Ansatzes 2011 an die tatsächlichen Gegebenheiten.

S. 165, Staatsangehörigkeits- und Auswanderungswesen, Ausländerwesen

Ergebnis 2009: 560.148 Euro 2010: 861.422 Euro 2011: 907.178 Euro

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 beläuft sich auf ca. 864.000 €. Die Steigerung von 2010 nach 2011 ist u. a. durch erhöhte Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Überstunden und nicht genommenen Urlaub zu erklären.

S. 166, Wahlen

Ergebnis 2009: 0 Euro 2010: 142.690 Euro 2011: 210.655 Euro

(Ergänzungsfrage zu „Wahlen“: Welche Wahlen finden in Leverkusen in 2011 statt?)

Um permanente jährliche Schwankungen der Produktgruppe „Wahlen“ (und damit auch der weiteren dem Fachbereich 33 zugeordneten Produktgruppen) zu vermeiden, wurde der Zuschnitt dieser Produktgruppe so gewählt, dass jährlich ein Mittelwert an stattfindenden Wahlen angesetzt wurde (z. B. 1/5 Landtagswahl pro Jahr, da Landtagswahlen normalerweise in einem Turnus von 5 Jahren stattfinden). Mithin erfolgt ein Ausweis von Personalaufwendungen auch in Jahren, in denen voraussichtlich keine Wahl stattfinden wird; im Umkehrschluss bedeutet dies natürlich auch, dass der Personalaufwand in Superwahljahren unverändert dargestellt wird. Die Entscheidung für diese Verfahrensweise verhindert, dass das ohnehin schon komplexe gesamtstädtische Verteilungs- und Umlagesystem zusätzlich aufgeweitet wird.

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 beläuft sich auf ca. 153.000 €. Die Steigerung von 2010 nach 2011 ist u. a. durch die erhöhte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen, den Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Überstunden und nicht genommenen Urlaub und den Zuführungen zu den Beihilferückstellungen zu erklären.

S. 210, Bereitstellung schulischer Einrichtungen FB 40

Ergebnis 2009: 4.487.698 Euro 2010: 5.879.819 Euro 2011: 6.722.088 Euro

Das mittlerweile vorliegende Rechnungsergebnis 2009 beläuft sich auf ca. 6.026.000 €

Die Steigerung ergibt sich u. a. aus veränderten Mitarbeiterzahlen im Bereich der Schulbetreuung und der Schulhausmeister. Darüber hinaus ergibt sich auch noch eine Erhöhung aufgrund der Anpassung der Honoraraufwendungen an den tatsächlichen Mittelabfluss.

2. Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

S. 132, Kennzahlen

Anzahl der gewonnenen Prozesse

Ergebnis 2009: 106 St. 2010: 150 St. 2011: 200 St.

Worauf stützt sich die Annahme, dass innerhalb von 2 Jahren die Anzahl gewonnener Prozesse sich verdoppeln wird?

Wird allgemein von einer höheren Prozesstätigkeit ausgegangen, da auch bei der Anzahl der Vergleiche und der verlorenen Prozesse gegenüber 2009 von höheren Zahlen ausgegangen wird?

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Ansatz für das Jahr 2010 wäre auch für das Jahr 2011 realistisch gewesen. Es kann für dieses Jahr ebenfalls von einer Anzahl von 150 gewonnenen Prozessen ausgegangen werden. Die Fortschreibung der Kennzahl in den Folgejahren wird in der Endfassung des Etats auf den realistischen Wert korrigiert.

3. Allgemeine Sicherheit und Ordnung

S. 134, Kennzahlen zur Lebensmittelüberwachung (Beanstandungen, Kontrollen)

- a. Wie erklären sich die 125 Prozent (2012) und 225 Prozent (2013) gegenüber 25 Prozent (2011) bei Beanstandungen im Verhältnis zur Anzahl der Kontrollen?
- b. Wie erklärt sich in 2010 die hohe Zahl von Beanstandungen (70% der Kontrollen)?
- c. Ist die Zahl der Kontrollen hinsichtlich der Lebensmittelüberwachung insgesamt hinreichend?
- d. Bei wirklich „nachhaltigen“ Kontrollen müsste davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Beanstandungen rückläufig anzusetzen sind. Andernfalls müsste von einem wenig effektiven Kontrollsystem ausgegangen werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

a) Für das Jahr 2011 ist vom FB 30 eine realistische Prozentzahl von 25 % an Beanstandungen in der Lebensmittelüberwachung eingegeben worden. In den Folgejahren beträgt die Quote ebenfalls 25 % (498 Beanstandungen bei 1.990 Kontrollen). In den Jahren 2012 bis 2014 hat sich ein systemtechnischer Rechenfehler eingeschlichen (jeweilige Addition des richtigen Ergebnisses 25 % mit dem Faktor 100), dessen Ursache noch ermittelt werden muss.

b) Nach der nun vorliegenden Auswertung der Fallzahlen für das Jahr 2010 ist die Beanstandungsquote von 70 % zu hoch angesetzt worden.

c) Die Kontrollen werden in Leverkusen durch eine zertifizierte Lebensmittelüberwachung durchgeführt. Jeder zu überwachende Betrieb unterliegt einer autorisierten Risikobeurteilung. Die Anzahl der Kontrollen ist somit vollkommen ausreichend.

d) Wie die Fallzahlen von 2008 bis 2010 belegen, sind die Beanstandungsquoten bei den Kontrollen in etwa gleich geblieben, obwohl jedes Jahr neue Betriebe dazu kommen und eine große Fluktuation bei den Gewerbetreibenden besteht.

09.02.11

Fachbereich Finanzen i. V. m. den jeweils betroffenen Fachbereichen